

Niederschrift
zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung u.
Sicherheit der Stadt Barth
BAS/B/007/2009-14

Sitzungstermin: Dienstag, den 22.02.2011
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:52 Uhr
Ort, Raum: im Rathaussaal der Stadt Barth

Anwesend sind:

2. stellv. Ausschussvorsitzender

Bork, Tobias

Ausschussvorsitzender

Fritz, Hans- Jürgen

Ausschussmitglied

Friedrich, Holger

Kroll, Peter

Maak, Martin

Schröter, Peter

Mitglied Seniorenbeirat

Grohs, Gisela

Kleminski, Karin

Vertreter der Verwaltung

Kubitz, Manfred

Weidenmüller, Bernd

Hellwig, Friedrich-Carl

Möller, Anke

Entschuldigt fehlen:

1.stellv. Ausschussvorsitzender

Branse, Ernst

sachkundige/r Einwohner/in

Papenhagen, Peter

Uphus, Peter

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen

- Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
 3. Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung
 4. Bericht des Bauamtes zu wichtigen Bauangelegenheiten
 5. 1. Entwurf des Haushaltsplans 2011
 6. 5. Änderung und Ergänzung des B-Plans Nr. 5, Wohn-, Misch- und Gewerbegebiet "Hafenbereich" -Planaufstellungsbeschluss- BA-SpT/B/564/2011
 7. Information und Diskussion zum landseitigen Hochwasserschutz im Bereich der Bebauung "Am Westhafen"
 8. Schließung Straßenstück im Hafenbereich BÜ-OG/B/520/2010
 9. Anfragen und Mitteilungen
 10. Schließung der Sitzung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Fritz begrüßt die Anwesenden zur Beratung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Bestätigung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen und Ergänzungen. Die Tagesordnung wurde bestätigt.

zu 3 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Das Protokoll des Bauausschusses vom 26.10.2010 wird nur zur Kenntnis genommen, da der Ausschuss nicht beschlussfähig gewesen ist.
Zur Niederschrift des Bauausschusses vom 07.09.2010 gab es keine Beanstandungen.
Es wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	6
Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Bemerkungen:

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung war kein Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

zu 4 Bericht des Bauamtes zu wichtigen Bauangelegenheiten

Herr Kubitz, Herr Hellwig und Frau Möller berichten über anstehende wichtige Aufgaben die z.Zt. im Bauamt bearbeitet werden:

1. Für die städtischen Teilflächen des Wasserbaubetriebes östlich des Hotels Speicher wurde ein notarieller Kaufvertrag geschlossen. Dieses ist die Voraussetzung zur weiteren Entwicklung (sh. T.O.P. 7)
2. B-Plan „südliche Lange Straße“. Hier konnte noch keine Auslegung des Planentwurfes, der bereits im Juni 2010 durch die STV beschlossen wurde, erfolgen, da das Fachgutachten zum Artenschutz bisher noch nicht vorliegt. Dieses Gutachten soll der Stadt Barth in der 9.KW erreichen. Weiterhin fehlt auch noch das Lärmschutzgutachten.
In diesem Zusammenhang teilte Herr Kubitz mit, dass der Eigentümer des Grundstücks Lange Str. 78 (Brandruine) mitgeteilt hat, dass das Gebäude ebenfalls in der 9.KW abgerissen wird.
3. Mole / Wirtschaftshafen. Hier wurde mitgeteilt, dass die Stadt zwar nach wie vor noch keine Bewilligung der Fördermittel erhalten habe. Die Zusicherung des Ministeriums reicht jedoch für eine Ausschreibung aus. Alle drei Hauptlose sind ausgeschrieben worden. Eine Vergabe war für den 3.3.2011 vorgesehen. Da diese Sitzung der Stadtvertretung jedoch nicht stattfinden wird, soll die Vergabe nunmehr am 24.03. erfolgen. Die Bindefrist der Angebote wurde entsprechend verlängert.
4. Die Umbauarbeiten der KITA „Wirbelwind“ laufen nach Ansicht des Bauamtes gut. Die Zusammenarbeit zwischen den Baubetreibern und den Kita-Mitarbeitern läuft problemlos, obwohl es natürlich Einschränkungen gibt.
5. Radweg Barthestraße. Hier ruhen zurzeit witterungsbedingt die Arbeiten am 1. Bauabschnitt. Der zweite Bauabschnitt wird ausgeschrieben, wenn die Voraussetzungen zum Bau durch den Eigenbetrieb hergestellt wurden. Vor Bau des Radweges müssen im Bereich der Häuser Barthestr. 78a bis e Abwasserleitungen verlegt werden. Auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation des Eigenbetriebes konnten diese Leistungen bisher nicht erbracht werden.
6. Umlegungsverfahren „Am Betonwerk“. Seit 1993 führt die Stadt Barth im Gewerbegebiet „Am Betonwerk“ ein Umlegungsverfahren durch. Bei diesem wurden die damals vorhandenen Grundstücke und Flurstücke aufgelöst und müssen nach den Erfordernissen der Bebauung neu gegliedert und auf die Eigentümer zugeteilt werden. Seinerzeit ist man davon ausgegangen, dass die Grundstücke alle im Eigentum der Stadt Barth verbleiben. Um das Jahr 2000 herum wurde jedoch dem Restitutionsantrag des Bundes auf große Teile der Flächen stattgegeben. Um diese Ansprüche zu befriedigen und die Flächen weiterhin nutzbar zu halten, muss das Umlegungsverfahren beendet werden. Hierzu hat die STV bereits im vergangenen Jahr einen Beschluss zum Wechsel der Umlegungsgeschäftsstelle gefasst. Um die Arbeit zu beschleunigen, soll in einer der nächsten Sitzungen ein Umlegungsausschuss berufen werden. Dieser mit fachkundigen besetzte Ausschuss soll die Entscheidungen zur Grundstücksaufteilung vornehmen.
7. 5. Änderung Bebauungsplan „Hafenbereich“. Hier wurde die Auslegung durchgeführt. Die Stellungnahme des Landkreises steht noch aus.
8. Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet. Hier möchte die Verwaltung eine Beschlussvorlage erarbeiten, nach der der Zeitraum für den Abschluss von Ablösevereinbarungen im Sinne der Eigentümer bis Ende Mai 2012 verlängert werden soll.

Nachfragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Schröter fragt, wie viele Eigentümer im Sanierungsgebiet von der Ermässi-

gung Gebrauch machen.

Frau Möller teilt mit, dass im 1. Teilbereich über 80% der Eigentümer Vereinbarungen geschlossen haben.

- Herr Kroll fragt, warum der Bau des Radweges so lange dauert.
Herr Kubitz begründete diesen Umstand mit der Witterung.
- Herr Friedrich fragt, wann die alte Mole im Westhafen beräumt wird.
Herr Kubitz erläutert, dass nach der Baggerung einer neuen Fahrrinne zur Werft die Mole zurückgebaut wird.
- Herr Bork möchte wissen, bis wann die Fristverlängerung für die Ablösevereinbarungen geplant ist.
Frau Möller antwortet, dass eine Verlängerung bis zum 31.5.2012 geplant sei.

zu 5 1. Entwurf des Haushaltsplans 2011

Herr Kubitz berichtet über den Haushalt 2011.

Am 03.03. wird eine Haushaltsberatung stattfinden, in der nach Möglichkeiten gesucht wird, den Haushalt auszugleichen. Es gibt bereits mehrere Vorschläge von Fraktionen, die noch diskutiert werden müssen.

Die Schlüsselzuweisungen werden ab dem Jahr 2012 jährlich immer weniger (bis 2019). Daher werden unabhängige Einnahmen benötigt.

Er teilt mit, dass im Vermögenshaushalt nicht viel Geld zur Verfügung steht.

Sollte –wie von einigen Abgeordneten angeregt- der Bauhofstandort veräußert werden, muss überlegt werden wo der Bauhof unterkommt. Für den Umzug sind Ausgaben einzuplanen.

Im Vermögenshaushalt sind ansonsten nur Mittel für den Eigenanteil Städtebauförderung und für die Umwandlung der Verpflichtungsermächtigungen eingeplant.

Für die Straßeninstandhaltung stehen im Verwaltungshaushalt gerade mal 51.000 € zur Verfügung, die übers Jahr verteilt werden müssen. Herr Kubitz bittet um Verständnis wenn nicht sofort alle Schäden beseitigt werden können.

zu 6 5. Änderung und Ergänzung des B-Plans Nr. 5, Wohn-, Misch- und Gewerbegebiet "Hafenbereich" -Planaufstellungsbeschluss- Vorlage: BA-SpT/B/564/2011

Herr Hellwig erläutert die Vorlage.

- Herr Friedrich möchte wissen, warum neue Stellplätze geschaffen werden, obwohl der Parkplatz am Hafen leer ist.
Herr Hellwig weist darauf hin, dass der Parkplatz gefördert wurde und die Bindefristverlängerung noch läuft. Außerdem muss der Investor pro Wohnung eine Stellplatzanzahl nachweisen.
- Herr Maak fragt,
 - ob die Errichtung einer Tiefgarage auf dem Gelände technisch realistisch ist,
 - welche Gewichtung die Wohnungen und Ferienwohnungen gegeneinander haben und
 - was unter einer anspruchsvollen architektonischen Gestaltung verstanden wird.

Herr Hellwig antwortet, dass die Errichtung einer Tiefgarage technisch möglich

ist, aber hohe Kosten verursacht. Sollte dies nicht realisierbar sein, wäre die Alternative ein gestaffelter Parkplatz oder eine zweite Parkebene (Stappelparkplatz) auf dem Parkplatz am Hafen.

Die Gewichtung der Wohnungen und Ferienwohnungen ist noch nicht bekannt. Mit der Satzung wird das feststehen. Die Gewichtung ist abhängig vom Wohnungsmarkt.

Über die Gestaltung (Stilrichtung) wird demnächst mit dem Vorentwurf zum B-Plan im Ausschuss und der Stadtvertretersitzung diskutiert. Die Stadtvertreter dürfen bei der Gestaltung mitwirken.

- Herr Fritz regte an, den Investor erst einmal seine Planung vorstellen zu lassen, bevor man über gestalterische Details diskutiert.
- Herr Bork erkundigt sich, ob durch den Investor neue Wasserstraßen bzw. neue Kanalsysteme / Hafenbecken geplant sind.

Herr Kubitz und Herr Hellwig erläuterten, dass der vorhandene kleine Hafen der Fa. Bossow in südliche Richtung bis zur neuen Straße erweitert wird. In östlicher Richtung soll das Becken dann bis fast zur Kreuzung erweitert werden. Hier sollen Liegeplätze entstehen.

Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan Nr. 5 der Stadt Barth für das Wohn-, Misch- und Gewerbegebiet „Hafenbereich“ soll geändert und ergänzt werden.

Änderungsbereich:

Der Änderungsbereich umfasst die Baugebiete bzw. Teile der Baugebiete SO5 „Fischereihafen“, SO6 „Freizeitzentrum“ sowie SO7 „wasser- und hafenbezogenes Gewerbe“ des rechtskräftigen Bebauungsplans.

Ergänzungsbereich:

Der Ergänzungsbereich umfasst das nördlich des B-Plans gelegene Hafenbecken sowie die Flächen östlich des SO 7 bis zum vorhandenen Vorflutgraben.

städtebauliche Zielstellung:

Mit der Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans sollen folgende städtebauliche Ziele erreicht werden:

- Ausbau des Hafenbeckens für Sportboote
- Errichtung von insgesamt ca. 200 Wohnungen und Ferienwohnungen in III bis IV- geschossiger Bauweise mit anspruchsvoller architektonischer Gestaltung
- Schaffung von Infrastruktureinrichtungen in Form von kleinen Läden und gastronomischen Einrichtungen
- Abdeckung des Stellplatzbedarfs in einer Gemeinschaftstiefgarage
- Schaffung von Grünflächen zur räumlichen Gliederung der Anlage
- Erschließung der Wohn- und Ferienanlage über öffentliche Verkehrsflächen

Die Änderung soll im Regelverfahren mit integrierter Umweltprüfung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkungen:

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung war kein Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

zu 7 Information und Diskussion zum landseitigen Hochwasserschutz im Bereich der Bebauung "Am Westhafen"

Herr Kubitz informiert, dass das STALU für den Landseitigen Hochwasserschutz zuständig ist. Das STALU muss planen, plangenehmigen und finanzieren. Laut Aussage des STALU ist es kompliziert, den Hochwasserschutz zu garantieren, wenn größere Teile der Hochwasserschutzanlagen mobile Anlagen sind, da diese durch die Stadt Barth im Extremfall erst aufgebaut werden müssen. Der Anteil der mobilen Anlagen soll deswegen so gering wie möglich sein. Im Barther Westhafen soll eine feste Anlage errichtet werden, die 1,70 m hoch ist. Damit ist der Sichtbereich deutlich eingeschränkt. Eine mobile Anlage auf der Promenade wäre dagegen nur 50 cm hoch.

Die Eigentümer in diesem Gebiet haben Vertrauensschutz, da sie damals auf den Bebauungsplan vertraut haben. Damit müssen den Gastronomen die Sichtmöglichkeiten von den Terrassen gewährleistet werden. Das STALU ist bereit, in einer der nächsten Sitzungen ihre Sichtweisen darzustellen.

- Herr Bork meint, dass es sinnlos ist, heute darüber zu diskutieren. Allerdings findet er gut, dass das STALU eingeladen wird.
- Herr Maak bittet um eine Vorortbesichtigung mit dem STALU.
Herr Hellwig teilt mit, dass Herr Branse angeboten hat, dort einen Probewürfel hinzustellen.
- Herr Bork möchte eine Abfolge der Planung sowie der Beschlüsse zum Hochwasserschutz haben.
Herr Hellwig entgegnet, dass es für den Hochwasserschutz keine Beschlüsse gibt, da die Planungshoheit beim Land liege. Es sind nur Auszüge aus den Planungen des Landes für den landseitigen Hochwasserschutz möglich.
- Herr Kroll erkundigt sich, ob die Bauherren damals darauf hingewiesen worden sind, dass dort ein Hochwasserschutz mit einer Höhe von 80 cm bis zu 1m entstehen soll.
Herr Hellwig antwortet, dass die Bauherren durch den Bebauungsplan in Kenntnis gesetzt wurden.
- Herr Kroll fragt, ob es möglich wäre, die Bauherren bei der Begehung mit einzubeziehen.
Herr Fritz verweist darauf, dass es sich um eine öffentliche Sitzung handelt und man nicht jeden Anlieger einzeln ansprechen könne

zu 8 Schließung Straßenstück im Hafbereich Vorlage: BU-OG/B/520/2010

- Herr Kubitz hat sich vorher mit Herrn Weidenmüller abgestimmt, der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen. Sollte die Durchfahrt gesperrt werden, wird im Bereich der Ballastkiste erheblicher Verkehr erzeugt. Nicht zu vergessen der Fußgängerverkehr in diesem Bereich. Eine Sperrung kommt für ihn nicht in Frage, dann lieber die weißen Markierungen erneuern.
- Herr Maak ist der Meinung, dass die Parkflächen im Hafen eindeutig gekennzeichnet sind (Zeichen 325). Da das Verkehrsrecht eindeutig ist, muss abgestraft

werden. Er ist auch dafür, dass die weißen Linien erneuert werden. Sollten dort Poller hinggesetzt werden, wird das Problem nur verlagert. Er bittet die Bauausschussmitglieder der Beschlussvorlage nicht zu folgen.

- Herr Schröter sieht die Poller und die Weißung der Flächen als nicht notwendig an. Wenn jemand falsch parkt, muss er für diesen Fehler ein Bußgeld bezahlen.
- Herr Fritz fragt, ob es in der Vergangenheit zu Problemen gekommen ist, wenn die Flächen als Parkflächen genutzt wurden.

Herr Kubitz berichtet, dass viele die Buchten missdeuten. Wenn dann Knöllchen verteilt werden sind sie verärgert. Bis jetzt ist es nicht weiter zu Problemen gekommen, es ist höchstens ein Rosenstrauch abgebrochen.

- Herr Fritz möchte wissen, ob die Flächen nicht als Parkflächen genutzt werden können. Dadurch können mehr Einnahmen verbucht werden (wie z.B. beim Automaten am Westhafen).

Herr Hellwig gibt zur Bedenken, dass der Unterbau überhaupt nicht für das Parken geeignet ist. Er ist erstaunt, dass es solange gehalten hat. Er schlägt vor, zwei Edelstahlpoller hinzusetzen.

- Herr Bork macht den Vorschlag auf den Flächen jeweils einen großen Granitstein hinzulegen. Vom Material her, wäre es eine günstige Variante und für jeden Autofahrer ersichtlich, dass es sich um keine Parkfläche handelt.
- Herr Weidenmüller ist bereit, die Vorlage zurückzuziehen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt das Straßenstück zwischen Promenade und ehem. Fischfabrik für den fließenden Verkehr zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	6
Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	6
Stimmhaltungen:	0

Bemerkungen:

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung war kein Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

zu 9 Anfragen und Mitteilungen

- Herr Friedrich teilt mit, dass die Pflastersteine bei der Kreuzung Lange Straße/Baustraße/Badstüberstraße hochgekommen sind. Er ist dafür, dass die Lange Straße 78 nicht ewig gesperrt wird. Weiterhin spricht er an, dass die Medien des Hauses nicht abgeklemmt sind. Er möchte wissen, wie für die Sicherheit der Feuerwehr gesorgt ist.
Herr Kubitz sagt, dass die Stadt keine Sicherheit garantieren kann.
Herr Schröter sagt, dass der Eigentümer die Hausanschlüsse schriftlich abmelden muss.
Herr Fritz bestätigt dies. Außerdem sind die Eigentümer für die Sicherheit zuständig.
- Herr Friedrich fragt, wie lange der Zustand bleibt.
Herr Kubitz antwortet, dass die Lange Straße 78 noch in dieser Woche abgerissen werden soll. Der Abriss ist genehmigungsfrei, aber anzeigepflichtig.
- Herr Maak möchte wissen, ob auch die Lange Straße 80 abgerissen wird.
Herr Kubitz verneint dies.

- Frau Hübner erkundigt sich nach der Absperrung auf dem Fahrrad- und Fußgängerweg vor der Eisengießerei. Kann der Eigentümer nicht in die Pflicht genommen werden etwas zu unternehmen?
Herr Weidenmüller erklärt, dass versucht wurde mit dem Eigentümer Kontakt aufzunehmen. Zwischenzeitlich befindet sich der Eigentümer in Insolvenz.
- Herr Bork möchte den Stand der Hafestraße wissen.
Herr Kubitz erklärte, dass die Submission bereits erfolgt ist. In der Stadtvertreter-sitzung am 24.03. wird die Vergabe im nichtöffentlichen Teil auf der Tagesord-nung stehen.
- Herr Maak erkundigt sich, ob die Toiletten am Steuerhaus gegen Vandalismus versichert sind.
Herr Hellwig antwortet, dass die Toiletten durch den OKV nicht versicherbar sind.
- Herr Maak ist verwundert, dass in der Baustraße/Ecke Dammstraße bei Guldbrand das Dach teilweise abgenommen wurde, obwohl das Ordnungsamt mitgeteilt hatte, dass von dem Gebäude keine Gefährdung ausgeht.
Herr Weidenmüller merkt an, dass der Eigentümer das Dach selber zurückbaue.
- Herr Maak findet die Berichterstattung in der Presse zum Papenhof nicht gelun-gen. Er möchte wissen, welche Möglichkeiten es gibt, den Papenhof aufrechtzu-erhalten (z.B. Stiftung). Er wünscht sich im nächsten Bauausschuss ein Tages-ordnungspunkt zu diesem Thema.
Herr Hellwig kündigt an, dass der Punkt in der nächsten Sitzung behandelt wird und die Verwaltung eine Infovorlage erarbeitet.
- Herr Friedrich erwähnt, dass am 02.03. um 19:00 Uhr ein Vortrag über den Pa-penhof gehalten wird.
- Herr Maak
 - bittet, das Verkehrskonzept auf die nächste Tagesordnung zu setzen.
 - fragt, ob es möglich wäre eine Hundetoilette beim Katzendorf hinzustel-len.
 - gibt den Hinweis, dass vor dem Standesamt eine Absenkung ist.
 - weist auf die derzeitigen Verkehrsverhältnisse vor der Kita Wirbelwind hin.
 - möchte wissen, welche Möglichkeiten es gibt, die abgefahrenen Endstei-ne am Bahnhof zu reparieren. Geschieht das über den Haushalt?*Herr Hellwig teilt mit, dass am 23.02. ein Ortstermin am Bahnhof stattfindet. Soll-te es sich um einen Materialfehler handeln, wird man sich an den Lieferanten wenden, ansonsten sind die Kosten über den Haushalt zu tragen.*
- Herr Maak erkundigt sich, ob es die Wasserwehr noch gibt und welche Aufgaben diese wahrnimmt. Er wünscht sich zur nächsten Sitzung Informationen zur Was-serwehr.
Herr Kubitz antwortet, dass es die Wasserwehr noch gibt. Diese sei in den letz-ten Jahren nicht tätig gewesen. Sie müsste wieder aktiviert werden.
- Herr Schröter ist der Meinung, dass in der Douzette-Straße ab Kraase ein Park-verbot entstehen müsste, da die Kreuzung sehr unübersichtlich ist.
Herr Weidenmüller entgegnet, dass dieses Problem bekannt ist und das Schild versetzt wird.
- Herr Kroll fragt, ob sich der Förster zurzeit um den Baumschnitt kümmert. Er kritisiert, dass beim Holzeinschlag in Tannenheim der Fahrradweg nicht or-dentlich beräumt wurde.
An der Barthestraße wird zurzeit eine Zufahrt gepflastert. Herr Kroll bemerkt da-zu, dass für andere Grundstückseigentümer solche Zufahrten abgelehnt wurden. Er fragt an, ob es hier eine Sonderbehandlung gäbe.
Herr Hellwig erklärt, dass die Zufahrten in beiden Fällen von der Landesstraße angebunden sind. Zuständig für die Genehmigung ist das Straßenbauamt. Au-ßerdem unterscheiden sich beide Situationen erheblich. In den abgelehnten Fäl-len besteht eine Zuwegung von der anderen Grundstücksseite.
Herr Kubitz antwortet, dass der Baumschnitt geregelt wird.

- Herr Maak fragt an, ob der schiefe Eisenpoller auf dem Gehweg Douzeteststr./Hölzern-Kreuz-Weg weggenommen werden kann.

zu 10 Schließung der Sitzung

Herr Fritz schließt die Sitzung um 20:52 Uhr.

01.03.2011

Datum / Unterschrift Bürgermeister(in)

Datum / Protokollant(in)